Nachrichten , Dienstag, 1. Dezember 2015

Gemeinde trifft Gemeinde



Bürgermeister, Pfarrerrinnen und Pfarrer, evangelische und katholische Dekane sowie die Diakonie im Gespräch: Zum ersten Mal fand am Buß- und Bettag, dem 18.11.15, im evangelischen Prälat-Diehl-Haus in Ober-Ramstadt ein Treffen der Kreisversammlung der Bürgermeister/innen des Landkreises Darmstadt-Dieburg mit Vertretern der Kirchen statt. Gemeinsame Anliegen und Fragen zwischen politischen und kirchlichen Gemeinden kamen auf den Tisch.

Arno Allmann, Dekan des Evangelischen Dekanats Darmstadt-Land, begrüßte über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und erinnerte an die ursprüngliche Bedeutung des Buß- und Bettags. Viele Kirchengemeinden nehmen den kirchlichen Feiertag zum Anlass, auf sozialpolitische Probleme hinzuweisen. Eine gemeinsame Herausforderung von kirchlichen und staatlichen Gemeinden sind derzeit die Menschen, die auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg Zuflucht suchen. Andrea Alt, Evangelisches Dekanat Vorderer Odenwald, ist Koordinatorin der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit und führte bei dem Treffen in die regionale Situation der Flüchtlinge ein. Die rege Diskussion der Bürgermeister und Kirchenvertreter mündete in einer gemeinsamen Erklärung.

Flüchtlinge: Pragmatismus leben

Angesichts der großen Herausforderung, die auf Kommunen und Kirchengemeinden mit der Zuweisung von Flüchtlingen derzeit zukommt, fordern die Verantwortlichen von Kirchen und Kommunen im Landkreis Darmstadt-

Dieburg einen pragmatischen Umgang mit Standards und gesetzlichen Vorgaben. In der jetzigen, dringlichen Situation sind beispielsweise für einen Übergangszeitraum neben baurechtlichen Vorgaben und ausschreibungsrechtlichen Bestimmungen insbesondere die Betreuungsschlüssel in den Kitas zu verändern. Die Träger von Kitas müssen in die Lage versetzt werden, in den Einrichtungen zusätzlich Flüchtlingskinder aufnehmen zu können. Da ein ausreichendes Angebot an qualifiziertem Personal in Kitas schlicht nicht vorhanden ist, sind pragmatische Lösungen zwingend, die für die Verantwortlichen in den Gemeinden gleichzeitig Rechtssicherheit bieten müssen. Die Landesregierung wird aufgefordert, in den derzeitigen Dialogforen wie dem Asylkonvent hierfür die politischen und finanziellen Grundlagen zu schaffen.

Einen weiteren besonderen Handlungsbedarf sehen die Vertreter der Gemeinden bei der Unterbringung von minderjährigen unbegleiteten Ausländern sowie bei der adäquaten Betreuung von traumatisierten Menschen. Gerade bei solchen sensiblen Themen sind die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Kommunen und den Kirchengemeinden außerordentlich belastet. Ehrenamt muss hier strukturell ins Hauptamt überführt werden, so die Gemeinden. Allerdings sind zurzeit auch neue Sozialarbeiterstellen nur sehr schwer qualifiziert zu besetzten, da es kaum noch arbeitssuchende Sozialarbeiter gibt.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Integrationspolitik muss ressortübergreifend konzipiert werden. Außerdem gilt: „Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Deshalb sind eine dialogorientierte Kommunikation, eine ehrliche Bürgerinformation und das Ernstnehmen von Ängsten der Bürgerinnen und Verantwortungsträgern in der ‚Aufnahmegesellschaft‘ notwendig.

Nach dem alles überlagernden Thema Flüchtlinge verständigten sich die Bürgermeister und die Vertreter/innen der Kirchen auch auf eine gemeinsame Vorgehensweise bei Katastrophenfällen. Nicht nur Attentate wie jüngst in Paris, auch Unglücke und tragische Vorfälle vor der eigenen Haustür beschäftigen die Menschen, fordern sie heraus. Hier kann im Sinne der Notfallseelsorge eine gemeinsame konzeptionelle Vorgehensweise von kirchlicher und politischer Gemeinde dienlich sein. Außerdem werden sich Bürgermeister und Geistliche zur Problematik der Sozialbestattungen austauschen, um hier gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. In vielen Kommunen sind Menschen in prekären finanziellen Situationen nicht in der Lage, für den angemessenen Abschied eines Familienangehörigen die notwendigen Mittel aufzubringen. Auch hier gibt es schon Ideen, wie diesen Menschen unbürokratisch geholfen werden kann.

Dekan Arno Allmann lobte die Initiative „Gemeinde trifft Gemeinde“ des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und regte entsprechende Treffen auch für andere Dekanate und Kreise an.